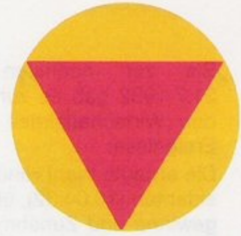
DER BREMER ANTIFASCHIST



Landesverband der VVN/Bund der Antifaschisten Bremen e.V.

November 9/90

Zur Wahl am 2. Dezember 1990

Die ersten freien gesamtdeutschen Wahlen seit 58 Jahren bedeuten eine entscheidende Weichenstellung für die künftige Entwicklung unseres Landes. Gefordert sind, wie kaum je zuvor, Einsicht und Verantwortungsbewußtsein der Wählerinnen und Wähler für die Tragweite ihrer Entscheidung am 2. Dezember.

Es geht darum, den Gefahren neuer nationalistischer Großmachtpolitik und Überheblichkeit, den Gefahren des Abbaues demokratischer und sozialer Rechte ein sowohl nach innen als auch nach außen friedfertiges, demokratisches Deutschland entgegenzustellen.

Wir Antifaschisten/Innen wollen eine deutsche Republik der Humanität und Menschenwürde, der gesicherten Menschenrechte. Wir wollen eine Republik frei von Faschismus und Rassismus, ohne Zwänge militär- und rüstungspolitischen Denkens. Wir wollen ein Deutschland, in welchem die Menschen frei von sozialen Ängsten leben.

Die Wählerinnen und Wähler müssen wissen, daß sie am 2. Dezember über diese Weichenstellung entscheiden werden.

Es ist erforderlich, daß aus der entstandenen deutschen Einheit und dem Ende des kalten Krieges Konsequenzen gezogen werden:

Drastische Reduzierung des Militärhaushaltes, Streichung der ebenso kostspieligen wie sinnlosen Aufrüstungsprojekte; besonders gefährlich ist hierbei das Projekt des Jäger 90. Sämtliche Massenvernichtungsmittel sind von deutschem Boden zu entfernen. Die Bundeswehr ist unter das vorgesehene Limit von 370 000 Mann einzuschrumpfen.

Erforderlich ist aber auch nicht minder die kompromißlose Absage an alle neonazistischen und rechtsextremistischen Parteien und Gruppierungen. Sie nutzen Arbeitslosigkeit, soziale Ängste und bedrückende Zukunftslosigkeit vieler Menschen zum Einstieg in nationalistische und rassistische Scheinlösungen. Ausländerhaß, Rassismus und Antisemitismus, die Abstempelung von Minderheiten zu Sündenböcken für eine verfehlte Politik drohen zu einem gefährlichen antidemokratischen Potential zu werden – und auch gerade auf dem Gebiet der früheren DDR.

Angesichts der Erfahrungen deutscher Geschichte in diesem Jahrhundert, sagen die ehemaligen Verfolgten des Naziregimes und Antifaschist/Innen der jüngeren Generation:

Faschismus und Rechtsextremismus dürfen nicht geduldet werden. Sie dürfen nicht wählbar sein.

Sie sind mit allen politischen und juristischen Mitteln zu bekämpfen. Als demokratische und humane Selbstverständlichkeit eines wirklich souveränen Staates verlangen wir Antifaschist/Innen den uneingeschränkten Erhalt des Rechts auf politisches Asyl, das kommunale Wahlrecht für ausländische Mitbürger/Innen, die Aufhebung des Radikalenerlasses und sämtlichen Verzicht auf neue Berufsverbote. Bereits ausgesprochene Berufsverbote sind ersatzlos aufzuheben.

Unter den neuen Bedingungen der deutschen Einheit sind die Sicherung und Verbesserung der Angleichung der Rechte der Opfer des Faschismus sowie die Errichtung einer Bundesstiftung zur Entschädigung der ehemaligen Zwangsarbeiter/Innen aus dem In- und Ausland dringend notwendig.

Im Rahmen der gesamteuropäischen Entwicklung haben wir Deutschen noch einmal die Chance, die Utopie des 08. Mai 1945 zur Entscheidung zu stellen: Mitzuwirken am Aufbau einer Welt des Friedens und der Freiheit, einer Welt ohne Faschismus und Rassismus. B.A.

GEDENKEN AN DIE REICHSPOGROMNACHT 1938
Neubesinnung im zusammenwachsenden Deutschland

Es spricht: Prof. Dr. Kurt Pätzold, Dekan der historischen Fakultät der Humboldt-Universität Berlin

Mittwoch, 7. November 1990, 20.00 Uhr

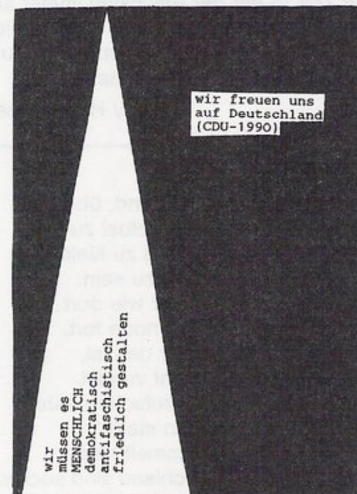
Christopherussaal in „Unser lieben Frauen", Unser Lieben Frauen Kirchhof (Eingang bei den Bremer Stadtmusikanten)

Bonn und Weimar

"Als Betroffener" kann ich mich sehr gut erinnern" so beginnt meine Anmerkung auf der 1. Seite der Oktober-Ausgabe des BAF. Es geht hier einfach um die Art und Weise, wie gegenwärtig Politiker mit geschichtlichen Daten und damit mit den geschichtlichen Zeitläufen umgehen. So auch N.D. Genscher, der locker verkündete, ab 3. Oktober 90 lebten die Deutschen seit 1933 wieder in einer Demokratie. Diese Unwahrheit fand dann sofort Eingang in die verschiedensten Veröffentlichungen. Ganz Eifrige steckten ihre Köpfe in die Statistik und fanden, die letzte Reichstagswahl fand am 6. November 1932, also vor 58 Jahren, in der Weimarer Republik statt. In dieser Republik wurde im März 1930 die Koalitions-Regierung unter dem Kanzler Hermann Müller, (SPD) einfach per Dekret von Hindenburg abgelöst und Heinrich Brüning (Zentrum) als Kanzler berufen.

Diese Regierung legte dem Reichstag am 16. Juli 1930 eine Notverordnung für Steuererhöhungen zur Entscheidung vor, die der Reichstag ablehnte.

Am 18.7.30 wurden die Steuererhöhungen, die Kopfsteuer und der Abbau sozialer Leistungen per Dekret verkündet und der Reichstag aufgelöst. Die Neuwahl am 14.9.30 brachte für die NSDAP einen Stimmenzuwachs von 0,8 Mill. 1928 auf 6,1 Mill.



Bis zur nächsten Reichstagswahl 21.7.1932 gab es zur weiter wachstenden Wirtschaftskrise diese politischen Ereignisse:

Die erneute Wahl Hindenburgs zum Präsidenten (10.04.32), überall Nazi-Stimmgewinne und Zunahme des Terrors der S.A. gegen Wohnbezirke mit mehrheitlich Arbeitern, dann Verbot der S.A. Uniform. Rücktritt der Brüning-Regierung (20.5.32), Ernennung der v. Papen - Regierung (1.6.32), Aufhebung des Uniformverbotes für die S.A. und neue Not-Verordnung diktiert. Steuererhöhungen u. Kürzungen der Arbeitslosenunterstützungen (14.6.32), anschließend Auflösung des Reichstages, Absetzung der preußischen Regierung durch den Staatsstreich der Reg. v. Papen.

Am 21.7. Wahl des Reichstages, die NSDAP erreichte 13,7 Millionen Stimmen. Am 30.8.32 tritt der Reichstag zusammen und wird am 12.9.32 aufgelöst, er hatte einen Mißtrauensantrag der KPD gegen die Reg. v. Papens angenommen. Die Neuwahl am 6. November 32 ergab einen Stimmenverlust der Nazis von 2 Mill. Und nun sahen die Geldgeber der Nazis ihre Felle wegschwimmen und forderten von Hindenburg die Berufung des Führers der größten "nationalen Bewegung" zum Reichskanzler.

Man konnte zwar bei allen Wahlen in der Kabine frei sein Kreuz machen, aber die die wir frei gewählt hatten, die schickte der Präs. Hindenburg einfach nach Hause. Das ist diese Seite, die andere Seite war die:

In jeder Versammlung, selbst der Arbeitslosen, saß seit 1930 ein Staatsicherheitsbeamter und ein Uniformierter mit am Vorstandstisch. Wenn der Uniformierte den Tschaco aufsetzte, wurde die Versammlung aufgelöst. Ich wurde seit Herbst 1930 immer wieder in den Arbeitslosen-Ausschuß gewählt, später sogar als Redakteur. Die Auflösung einer Versammlung der Arbeitslosen war aber noch harmlos gegen die oft grundlos aufgelösten Demos. Dies war nur ein Teil in der Zeit, in der der Reichstag immer aufgelöst wurde, wenn er nicht so entschied, wie die Reg. und der Reichspräsident und seine "Berater" es gerne hatten.

Willy Hundertmark

Dieses unser Land

Deutschland, Deutschland, überall
kamst du durch dich selbst zu Fall.
Stets zu groß und stets zu klein,
unter Gleichen gleich zu sein.
Blick nach außen: hier wie dort
lebt die Angst vor dir noch fort.
Blick nach innen: wer das ist,
der sein Maß so leicht vergißt.
Wirst du dann die Deutschen sehn,
die seit je für Frieden stehn?
Denn, die wir versammelt hier:
Deutschland, Deutschland sind auch wir.

(zum 30. Jahrestag der Ostermarschbewegung)

Presse-Erklärung des Landesvorstandes der VVN-BdA Bremen e.V.

Heute, am 03. Oktober 1990, wurde die Deutsche Demokratische Republik dem Einigungsvertrag zufolge zu einem Teil der Bundesrepublik. Verblüffend, in welcher Eile ein 1000-seitiges Vertragswerk von einem kleinen Expertenkreis – unter Ausschluß der Öffentlichkeit – erarbeitet wurde.

Im Grunde haben sie wenig Rücksicht genommen auf die Bevölkerung der DDR, noch auf die Bevölkerung der BRD.

Antifaschisten haben sich von allem Anfang an gegen die Spaltung Deutschlands gewehrt.

Diese Spaltung wurde mit dem Marshall-Plan und der Wiederaufrüstung zum Auftakt des Kalten Krieges.

Wie groß ist wohl der Anteil der damals Verantwortlichen? Die heute Verantwortlichen sind in der Pflicht, die Opfer des Kalten Krieges zu rehabilitieren und die materiellen Schäden wieder gut zu machen.

Trotz aller Befürwortung der deutschen Einigung, betrachten viele Menschen im In- und Ausland mit berechtigter Sorge die Entwicklungsmöglichkeiten dieses neuen Anfangs.

Besondere Sorge bereitet ihnen und uns die Zulassung neofaschistischer und revanchistischer Organisationen zu den Wahlen, sowie die Zustimmung, die sie dabei von einigen führenden Politikern erfahren.

Um den Sorgen vieler Menschen in der Welt Rechnung zu tragen, ist es an der Zeit, gemäß Grundgesetz Artikel 146 im Laufe der nächsten Legislatur-Periode eine neue Verfassung für den neuen Staat zu erstellen.

So läßt sich der Grundgesetz-Auftrag: alle Staatsgewalt geht vom Volke aus, mit neuem Leben erfüllen.

In eine solche Verfassung gehört, nach Ansicht der VVN-BdA, eine Reihe von grundlegenden Staatszielen, wie

- Friedensorientierung
- Ausschluß sämtlicher A-B-C-Waffen
- Bekenntnis zum Antifaschismus
- Verantwortungsvoller Umgang mit der Umwelt
- Gleichberechtigung der Frauen
- Rechte der Kinder
- Verbot der Aussperrung
- Streikrecht
- Recht auf Wohnung, Arbeit, Bildung und Kultur

und eine Gleichstellung der in unserem Land lebenden Ausländer

DAMIT könnten wir einen guten Anfang wagen, der niemanden mehr schreckt. Darauf könnten wir stolz sein.

gez. stellvertretende Landesvorsitzende

irmgard

Bei Nacht und Nebel

Unter diesem Titel fand am 12.-14.10. ein sehr informatives Seminar des Dokumentations- und Informationszentrums Emslandlager in Zusammenarbeit mit der ländlichen Erwachsenenbildung und Pax Christi in Marstall Clemenswerth bei Sögel statt. Luxemburgische und niederländische ehemalige Zwangsrekrutierte und Deportierte gaben erschütternde Eindrücke der faschistischen Eroberungspolitik in Westeuropa. Professor Konieczny von der Universität Wroclaw erläuterte in einem ausführlichen Referat die Schritte faschistischen Terrors in den BENELUXländern, Frankreich und Norwegen.

Der militärischen Eroberung und Besetzung folgten SS und Sicherheitsdienst. Machthaber waren die Feldkommandeure, in den Niederlanden, Norwegen und Dänemark die Reichskommissare. Das einheimische Recht bestand weiter, sämtliche Verordnungen der Besatzungsmacht erhielten jedoch Rechtsverbindlichkeit. Aufgrund der rücksichtslosen Ausplünderung kam es nach dem Schock der Niederlage bald zum Widerstand. Die Antwort bestand in listenmäßiger Geiselnahme prominenter Bürger und in Organisationsverboten. Die Bevölkerung reagierte mit Arbeitsverweigerung. Sabotage und Hinrichtung von Spitzeln folgte. September 1941 wurden auf Befehl Keitels militärische Standgerichte eingesetzt, Todesstrafe und Sofortvollzug verhängt. Systematisch wurden Wohnviertel nach Oppositionellen und jüdischen Bürgern durchkämmt. Der Erschießung deutscher Armeeangehöriger folgte öffentlich angekündigter Geiselmord. Die Kriegsgerichtsmaschinerie lief auf vollen Touren, als sich im Winter 41/42 die Niederlage des deutschen Faschismus vor Moskau erstmals anzudeuten begann. Von Januar 1942 an erfolgten Deportationen Tausender nach Deutschland zur Aburteilung bei Nacht und Nebel. Sachsenhausen, Großrosen, Natzweiler oder die Emslandlager waren Zielorte nach Aburteilung durch die Sondergerichte in Essen, Köln, Breslau.

Eine eindrucksvolle Ton-Dia-Schau von Jaap Kormhout berichtete vom nieder-

ländischen Widerstand, vom allgemeinen Streik gegen die Judenrazzien Februar 1941, vom Aushungern des Landes Ende 1944 als Rache für die Sympathieerklärung der Niederländer mit dem aliierten Vormarsch. 20 000 Menschen kosteteten der kalte Winter und die Unterernährung das Leben. Eine kleine Ausstellung verdeutlicht die Schilderungen mit Plakaten, Lebensmittelkarten, Photos, illegalen Zeitungen, falschen Papieren und Gebrauchsgegenständen. Einen Personalausweis gab es in den Niederlanden nur unter deutscher Besatzung. Die Ablieferungspflicht für Radios sollte das Abhören der BBC-Nachrichten unterbinden. Straßenbahnen aus Den Haag fanden sich meines Wissens noch in den 50er Jahren in Westberlin wieder.

Jean Harnes schilderte das Schicksal der Jahrgänge 1920-27 in Luxemburg. Ähnlich wie Elsaß, Lothringen und Eupen-Malmedy wurde Luxemburg den benachbarten Bezirken angeschlossen. Die "Gelbe Post" ergriff mit Einrücken von SS, Arbeitsdienst und Kriegsmaschinierie Besitz von Luxemburg. Die Baskenmütze wurde ebenso verboten wie fanzösische Vornamen, der Franken durch die Mark ersetzt. Widerstand gab es vor allem seitens der Jugend gegen die Gestellungsbefehle in den Arbeitsdienst und die Wehrmacht. Viele flohen aus den Lagern, versteckten sich, liefen über zu den alliierten Armeen.

Ihre Familien wurden ins Reich umgesiedelt, 800 Luxemburger wurden hingerichtet, 40 000 erhielten Anerkennungsmedaillen für Hilfe beim Untertauchen, oder zur Flucht.

Das Kapitel Zwangsrekrutierung und Deportation ist längst nicht beendet. Eine Anerkennung als Naziverbrechen durch die Bundesregierung läßt auf sich warten. Mit einer pauschalen Entschädigung an die Nachbarstaaten glaubt sie, sich davon freikaufen zu können. Filbingers schlimmer Ausspruch, daß heute nicht Unrecht sein könne, was damals Recht gewesen sei, ist wohl das Motto für die Regierung in Bonn. Witwen von Nazirichtern erhalten Pensionen, Widerstandskämpfern werden sie vorenthalten. Jetzt gerade zeigen sich die Folgen des KZ-Aufenthalts und die Auswirkung auf die 2. Generation kündigt sich an. Befürchtungen wegen der Folgen des eiligen Anschlusses der DDR für Europa wurden im Abschlußgespräch deutlich. Furcht vor dem politischen Gewichts des "Molochs in Mitteleuropa" wurden geäußert von Vertretern von Nooid weer Nie wieder, aus Enschede. Die Schatten der Vergangenheit werden länger. Mit Kriegen entstand und bestand das Unheilige Deutsche Reich 1870-1945, jetzt wird der Ruf nach einem bundesdeutschen Engagement am Golf immer stärker. Der Einigungsvertrag bestehe aus zwei Teilen, 12 Seiten Ode an die Freude, 200 Seiten Gutachten der Konkursverwaltung über die Zuteilung des Taschengeldes. Wenn die BRD so mit ihren Brüdern und Schwestern verfahre, was komme auf die anerkannten Freunde im Westen zu? Dort habe man den Eindruck, daß mit dem Wirbel um die Stasi die Nazivergangenheit Vergessen gemacht werden solle. Angst, weil führende Leute in der BRD nichts aus den Kriegen gelernt haben, in die Deutschland die Welt gestürzt, äußerten Vertreter der Luxemburger Zwangsrekrutierten, Hoffnungen setzten sie darin, daß die Jugend genügend gelernt und hinreichend Einfluß habe, damit Deutschland nicht in die falsche Richtung laufe und ein Weltbrand entstehe. Prof. Konieczny hat beobachtet, daß in den letzten Jahren das deutsche Kapital in Polen Fuß gefaßt hat, Schlösser und Grundstücke von Deutschen aufgekauft werden. Ängste in Polen gibt es auch wegen einer möglichen Besiedlung Ostpreußens durch Mittelasiendeutsche. Der Fortbestand des Feindbildes in Straßennamen und Förderung von Vertriebenenverbänden wurde von deutschen Teilnehmern angesprochen. Eine wichtige Aufgabe ist die Verankerung des Bewußtseins, daß die Oder-Neiße-Grenze endgültig ist.

Zwei Angebote der Veranstalter sollten wir wahrnehmen: die Studienfahrt nach Großrosen und Ausschwitz (18.-28.3.91) und das nächste Seminar im Herbst.

Raimund

Veränderung von Straßennamen in der DDR

Es ist her, da hat ein Nachrichten-Sprecher des DFF 2 Sender in AK Zwo um 22.00 Uhr am Rande erwähnt, er wohnt in der Lieselotte (Lilo) Hermannstrasse. Er meinte, er hätte sich darüber Gedanken gemacht, ob solche Straßennamen in der bisherigen DDR nicht umbenannt werden sollten. Für mich als Antifaschist war das wie ein Schlag ins Gesicht. Ich glaube nicht, daß die Fehler, die leider von Antifaschisten in der SED-Führung und der DDR-Regierung gemacht wurden, aufgearbeitet werden können, indem die Straßennamen geändert werden. Ich halte es für falsch solches zu tun. Lieselotte Hermann und andere viele ehrliche, standhafte Kämpfer sind von einem barbarischen Regime für ihre Idee hingerichtet worden.

Lilo Hermann war die erste deutsche Frau, die von den Faschisten — obwohl sie Mutter eines Kindes war — hingerichtet wurde.

Diese Verbrechen der Nazidiktatur dürfen nicht in Vergessenheit geraten.

Ein Mittel, um die antifaschistische Tradition, den illegalen Kampf gegen die Hitlerbarbarei der Jugend erklären zu können, sind die Benennung von Straßen nach antifaschistischen Kämpfern. Es ist auch eine Anerkennung für ihre aufopferungsvollen Kampf gegen den Faschismus und Krieg.

Was können sie denn dafür, daß später der Idee des Sozialismus so geschadet wurde.

Ich hoffe sehr, daß die Bürger der bisherigen DDR die Umbenennung nicht zulassen werden.

Es gibt auch noch einen anderen Grund, solche Umbenennung nicht zuzulassen. In der Bundesrepublik gibt es immer noch Straßennamen, die den Krieg verherrlichen, der gesamte Generalstab des I. Weltkrieges ist dabei: Sedanstr., Granatenstr., Hindenburgallee, Graf-Moltke-Str. und wie sie alle heißen.

Zu der Bürgermeister-Smidt-Str. ist zu sagen, Johann Smidt war ein Antisemit, er hat die Juden aus Bremen in der Mitte des 19. Jahrhunderts aus der Stadt gescheucht. Aber sein Name ziert eine Straße. Über diese Straßennamen wird kein Wort verloren, es regt sich höchst selten mal jemand darüber auf. Es hat zwar kleine Ansätze gegeben, z.B. von seitens der SPD, in Bremen die Langemarckstr. umzubenennen. Aber die sind leider im Sande verlaufen. Erinnert sei daran, daß bei Langemarck 1914 viele junge deutsche kriegsfreiwillige Gymnasiasten bei einem sinnlosen Angriff den Tod fanden. Von den Nazis wurde dieses sinnloses Hinschlachten als große Heldentat gefeiert, mit dem Tag von Langemarck.

Aber in der bisherigen DDR wurde die antifaschistische Tradition gepflegt, die darf nicht verlorengehen. Deshalb sollten die Straßennamen, benannt nach Antifaschisten, erhalten bleiben.

Inge Breidbach

„Wir wollen keinen Krieg!"

Die Industrieländer haben den Irak aufgerüstet, jetzt sind auf beiden Seiten Massenvernichtungswaffen — Atomraketen und Giftgas — einsatzbereit. Ohne Ölexport, ohne technische Hilfe und Rüstungslieferungen aus den Industrieländern ist der Irak nicht kriegsfähig.

Deswegen fordern wir

- radikalen Stopp aller Rüstungsexporte
- Bestrafung von Rüstungsexporteuren
- Rückzug der Interventionstruppen
- Handelsboykott (Ausnahme Lebensmittel und Medikamente)
- und eine internationale Nahost-Friedenskonferenz

Als Friedensbewegte lehnen wir Soldaten, Waffen und Finanzierung von Kriegen ab.

Deutsches Geld soll nicht morden auf der Welt.

Das war die Ankündigung zu der Veranstaltung und Diskussion zum Krieg am Golf
mit J. Hippler am 04.10.1990, 20.00 Uhr, Weserterassen.

Die wichtigsten Aussagen:

Das in der Medien-Kriegswerbung gezeigte Bild: "Saddam Hussein ist isoliert" ist ein künstliches, ein manipuliertes Bild, welches die USA und die – nicht von ihren Völkern frei und demokratisch gewählten – Feudalherrscher zeichnen lassen, zur Durchsetzung IHRER Interessen.

Im arabischen Raum – was zählt für Araber sonst – ist Saddam Hussein keineswegs isoliert, im Gegenteil. Er verbindet geschickt den arabischen Nationalismus mit dem fundamentalen islamischen Glauben = daraus ergibt sich die arabische Identität – als Kraft, die sich zwangsläufig entschieden gegen westliche Einflüsse (koloniale Absichten) und erst recht gegen die aggressive westliche Einmischung wendet – einschließlich gegen die Besetzung Palästinas.

Es liegt eine große Fehleinschätzung der Amerikaner (u.a.) vor, die angebliche Isolation erlaube einen kurzen Schlag und schon wäre Kuweit befreit (wie die offizielle Begründung für diesen geplanten Weltkrieg immer noch lautet). Wenn die USA wirklich schießen läßt, DANN gäbe es einen großen arabischen Krieg – gegen das "Abendland".

Die Kreuzzüge und die westlichen Kolonialsysteme (der Irak ist erst seit 30 Jahren frei, Palästina liegt noch immer unter den Stiefeln der Besatzungsmacht), waren und sind immer Grund genug. Wenn jetzt noch westliche aggressive Handlungen dazukommen, dann reicht es. Dieser Krieg ist zu Lande niemals zu gewinnen! Außerdem immer teuer. Lebhaft diskutiert wird deshalb in den USA (auch in der NATO?):

1. ein entscheidender Luftkrieg
2. Einmarsch
3. weitergehende Eroberungen

BISLANG GIBT ES KEINE EIGENSTÄNDIGE EUROPÄISCHE NAHOST-POLITIK. Europa verfolgt weitgehend US-Interessen, die insoweit auch unsere Interessen sind, als die europäische Wirtschaft (wie die amerikanische) zu einem großen Teil auf Öl gestützt ist und deshalb auf Niedrigpreise für diesen Rohstoff (vgl. die Rohstoffe aus der 3. Welt) außerordentlich erpicht ist.

Die bestehenden Machtverhältnisse im Nahen Osten = die gute Zusammenarbeit (zu beiderseitigem Nutzen) mit den Feudalherren soll erhalten bleiben. Der "Gefahr", daß dort eine Demokratie ausbricht und die Völker Politiker wählen, welche den Nutzen ihres Rohstoffes voll im Lande und ihren Völkern zugute kommen lassen wollen, "muß entgegengetreten werden".

Ein Szenario, vom Referenten vorgetragen:

für Deutschland ist jetzt die Einigung und Ost-Europa wichtiger. Die Vereinahmung der DDR ist der erste Schritt. Der wirtschaftliche Zugriff auf den gesamten osteuropäischen Raum gelingt nur mit stillschweigender Billigung des Westens.

Der Deal heißt also: erst helfen wir Dir, dann hilfst Du mir. Einen solchen "Solidaritätsakt" unter Kapitalistischen gab es schon oft genug. So völlig unrealistisch kann dieses gedachte Szenario also nicht sein.

Irmgard Alfken, Bremen 04.10.90

Felicia Langer:

Aus Protest das Land verlassen

„Alternativer Nobelpreis" auch an Israelin/Lehrauftrag in Bremen

"DIE VERNICHTUNG DES NAZISMUS – IST UNSERE LOSUNG...."

(aus dem Schwur von Buchenwald) Frage: nur in Deutschland?

Das sind wir den Opfern schuldig! – sagen wir. Frage: sind wir den Opfern auch schuldig, IHRE Völker- und Menschenrechts-Verbrechen, ihre faschistoiden Kolonialherren-Methoden zu übersehen, gar noch zu fördern? NEIN, sind wir nicht, zumindest ich trage DAS NICHT mit. Die jüngst mit dem alternativen (meist der wertvollere) Nobel-Preis ausgezeichnete, israelische Menschrechts-Kämpferin FELICIA LANGER sagte (in ihrem Vortrag in der Zionsgemeinde und in Radio-Bremen – "Stadtschnack" im letzten Jahr): "Laßt Euch nicht mit dem Holocaust-Vorwurf erpressen – WENN ES UM MENSCHENRECHTE GEHT". Es geht um die Menschenrechte, die für mich und viele andere UNTEILBAR sind und nicht nach politischen/dogmatischen/religiösen oder ähnlichen Kriterien "gewährt" oder verweigert werden können.

w a s meinst Du, liebe Leser/in?

Möge diese Welt
eine Wiedergeburt
der Freiheit erleben
(Inschrift der Berliner Freiheitsglocke – ein Geschenk der Amerikaner –)

Die Welt ist größer, als Deutschland –
die Welt ist größer, als Europa –
Möge jedes Volk,
Das – wegen unserer Verweigerungshaltung –
immer noch nach Freiheit dürstet,
eine Wiedergeburt
seiner Freiheit erleben!
Freiheit für Palästina!
Friede sei mit Euch.

irmgard

Gute Ausstellungen sind Lehrstücke

Erfreulich, daß die Kirche nun schon zum 2. Male in Bremen an das Schicksal der Kinder vom Bullenhuser Damm erinnert – gerade in dieser Zeit, wo die nationale Euphorie überschwappt und die Vergangenheit vergessen macht.

Vor gut 100 Besuchern wurde die Ausstellung, die den Untertitel "Chance gegen das Vergessen" trägt, am 26.09.1990 im Konsul-Hackfeld-Haus eröffnet.

Zwanzig jüdische Kinder zwischen fünf und zwölf Jahren wurden in der Hamburger Schule am Bullenhuser Damm in der Nacht vom 20. auf den 21. April 1945 ermordet. So sollte vertuscht werden, daß der Lungenfacharzt Kurt Heißmeyer sie zu Versuchszwecken mit Tuberkel-Bakterien infiziert hatte.

Lehrstück

Lernen von den Ostermärschen:
nicht zu kriechen, nicht zu herrschen.
Jeder, für sich selbst ein Zeichen,
zeigt sich unter seinesgleichen.
Und so zeigen sie den Rechten,
wie die Linken leben möchten.

Otmar Leist

Der Haupttäter, Herr Strippel, wurde im ersten Ausschwitz-Prozeß zu lebenslanger Haft verurteilt – später mit einer "Entschädigungssumme" von DM 130.000,-- für angeblich "zu lange Haft" – wieder auf freien Fuß gesetzt.

Wir wissen, daß dieser Herr Strippel nur einer von 3948 NS-Straftätern ist, die in Ludwigsburg registriert sind und eigentlich wegen Mordes angeklagt werden müssen!

Es ist unerläßlich, daß jetzt, bei dem deutsch-deutschen Neuanfang, niemand die Vergangenheit vergißt.

Frau Karla Müller-Tupath vom Zentralrat der Juden in Deutschland gab ihrer Sorge Ausdruck, daß mit der Vereinigung unseres Landes die Erinnerung an die Judenverfolgung im "Dritten Reich" verloren gehen könnte.

Wie mag sich ein Staat gestalten, der schon mit Verschweigen anfängt? Das ist natürlich für alle Antifaschisten ein Knackpunkt! Leider muß festgestellt werden, daß auch im gelobten Land der Juden – Palästina – mit Schweigen gelebt wird.

Hinter dieser Mauer des Schweigens geschehen fortlaufend Menschenrechts-Verbrechen – auch Kindermord. Registriert sind dort 153 in zwei Jahren. Es sind mehr.

Die Rednerin zitierte aus dem Talmud: "Wenn du ein Kind tötest, tötest Du ein Volk".

Für mich gilt dieser Satz allen Kindern und richtet sich gegen alle Kindermörder.

Die Bremer Jugendsenatorin Sabine Uhl bezeichnete die Ausstellung als eine Chance für Bremen, dem Vergessen zu widerstehen. Der Autor des Buches "Der Arzt und die Kinder vom Bullenhuser-damm" forderte, solange mit einem "Anti-schismus von unten" weiter zu machen, bis die "normalen" Menschen mehr ihrem Gewissen als verbrecherischen Befehlen folgten.

Dem kann nur zugestimmt werden. Der Autor "wußte nicht", daß der Antifaschismus schon vor 1933 begann – unter dem NS-Regime, besonders in den Lagern seine Tiefe und seine Intensität bekam und nach dem Kriege kontinuierlich weiterging ("unter den wachen Augen des westdeutschen Verfassungsschutzes natürlich"!) Dafür leben noch Zeitzeugen unter uns.

Eine Konfirmanden-Gruppe trug ein selbstverfaßtes "Passions-Stück" vor. Es steckte viel Gedanken-Arbeit darin. Sie zeigten auf, was alles, überall, mit Kindern geschieht.

Der Kinder in der 3. Welt die verhungern, r Kinder in Indien die zum Betteln verkrüppelt und zur Prostitution gezwungen werden, der Kinder in Tschernobyl, die an Krebs zugrunde gehen, der deutschen Kinder gedachten sie, die mißhandelt und/oder getötet werden. Die Kinder "hinter der Mauer des Schweigens" erwähnten sie nicht. Das Wissen darüber, liegt nicht bei uns auf dem Markt, ist "TABU".

Es gab Leute, die sich aufgeregt haben – über diese Konfirmanden.

Mir war es wichtig, zu sehen: diese jungen Konfirmanden von 1990 haben begriffen (zumindest ein Gefühl dafür), daß Faschismus, faschistoide Gewalt in welchem Gewande (in welchem Lande) sie auch daher kommt, auf entschiedenen Widerstand stoßen muß.

Gute Austellungen sind Lehrstücke. Die Betrachter sollen daraus lernen, alle Betrachter, alte und junge.

Lernen, was gewesen ist, kann allein nicht ausreichen. Das Gewesene betrachten – im Lichte der Erkenntnis gegenwärtiger Realitäten, das erst ermöglicht, nach meinem Dafürhalten die Fähigkeit und den Willen zu widerstehen, wenn Widerstand geboten ist.

Es war eine gute Ausstellung und eine lehrreiche.

irmgard

Anachronistischer Zug '90

Einzelpersonen und Organisationsvertreter aus Kunst, Politik und Wissenschaft rufen dazu auf, das Brecht-Gedicht "Der anachronistische Zug oder Freiheit und Democracy" vom 18.11 bis zum Wahlabend im neuen großen Deutschland auf die Straße zu bringen, von Bonn nach Berlin.

Mit Mengen von Koffern und Umzugskisten werden Beamte, Wirtschaftsführer, Künstler, usw., an der Spitze ein General der Bundeswehr unter den Losungen "**Wir** sind das Volk", "Wir sind **ein** Volk" und schließlich "Du sollst keine anderen Völker haben neben mir" aufrufen, sich mit ihnen zu verbünden. Und zeigen, welche Freiheiten sie im neuen Deutschland und besonders auf dem Gebiet der ehemaligen DDR für sich verwirklicht sehen wollen.

Zu den Aufrufern gehört auf Beschluß des Sprecherkreises der VVN-BdA auch Esther Bejarano. Eine Teilnahme an dieser Aktion ist auf vielfältige Weise möglich:

- mitfahren als Darsteller, Schlosser, Proviantmeister, Kfz-Mechaniker, Motorrad-Kurier o.a.
- mithelfen beim Aufbau der einzelnen Fahrzeuge und Requisiten
- werben (es geht um Plakate und Flugblätter)
- spenden auf das Konto-Nr. 1502 93-800, Postgiroamt München, A. Kammrad, Kennwort: Anachronistischer Zug 1990

Bitte meldet Euch möglichst bald bei Regine Albrecht, Linienstr. 31, 2800 Bremen 1, Tel.: 0421/76931

Jeden **Freitag, 20.00 Uhr,** findet im Hart Backbord, Walle, Vegesacker Straße, ein Treffen aller Mithelfer und Interessenten statt.

Gesucht: 200 Koffer

für den Anachronistischen Zug 1990

möglichst alt, in gedeckter Farbe, aus festem Material, können ruhig verstaubt sein oder kleine Defekte haben.

Freiheit, Wohlstand, Sicherheit

verspricht Kohl auf den Wahlplakaten, wenn er Kanzler für Deutschland wird.

Überhaupt kehrt ja jetzt mehr und mehr Freiheit in die Welt ein. Z.B. in Nicaragua. Dort gab's am 3. Oktober in der Botschaft der BRD eine Wiedervereinigungsfeier, zu der auch etliche Demonstranten kamen, Bürger der BRD. Eine niederländische Journalistin, offiziell akkrediert, fotografierte.

Sie wurden von der nicaraguanischen Polizei festgenommen. 2 Frauen kamen am Samstag drauf aus ihren Zellen raus und direkt in ein Flugzeug nach Panama, eine davon die Journalistin. 2 Männer wurden nach einigen Tagen aus der Polizeihaft entlassen mit der Auflage, binnen zehn Tagen das Land zu verlassen.

In ihre Pässe wurde gestempelt: "Ausweisung wegen politischer Aktivität".

Eine der Freiheit dienende und gedeihliche Zusammenarbeit, die von unserer Regierung bestimmt finanziell honoriert werden wird! (Nach einem Bericht in der TAZ vom 10.10.90)

Regine Albrecht

Seminar

am 24./25. November 1990 im Wohn- und Ferienheim **Heideruh e.V.** in Seppensen-Nordheide

Thema:

Neuer Arbeitsstil – neue Strukturen – neue Satzung!

Es sind noch Plätze frei. Letzter Anmeldetermin:

Montag, den 19.11. bis 17.00 Uhr. "Wer zuerst kommt, mahlt zuerst!"

Der G.V.

GEMEINSAM LEBEN UND ARBEITEN

Samstag, den 24. November 1990

Aktionstag und Kulturfest

in der Gesamtschule West (GSW), Lissaerstraße

Zuerst ab 16.00 Uhr Kinderfest

ab 16.30 Uhr Podiumsgespräch

Haltet den Samstag, den 8. Dezember frei!

An diesem Tag treffen sich alle Kameradinnen und Kameraden mit Gästen, um 15.00 Uhr

zum Jahresabschluß

in der Begegungsstätte Haferkamp

Achtung, es ist eingeladen:

Elmar und Christiane mit ihrem Programm:

Sanatorium, unheilbares Deutschland!

Wer liefert zum gemütlichen Beisammensein, Kaffee und Kuchen, Würstchen (?) Spenden in bar sind auch willkommen! Es lädt ein: Der G.V.

Termine

Bremen-Nord, Bürgerhaus

Gustav Heinemann

Freitag, den 02.11.90 um 20.00 Uhr

20 Jahre Lieder-Leben.

zu Gast: Thomas Friz, Zupfgeigenhansl

Mittwoch,den 14.11.90 um 19.30 Uhr

Antifa-Kreis

Sonntag den 18.11.90 um 15.00 Uhr

Gedenkfeier für die Opfer des Faschismus auf der Bahrsplate (die Gedenkrede) hält Hans Koschnik, M.d.B.

GRUPPE WEST

Montag, den 19.11.90 um 19.00 Uhr

M.V. – Bundestagswahlen und der Antifaschismus. Treff: Bürgermeister-Deichmann-Str. 26

GRUPPE SÜD

Donnerstag, den 15.11.90 Treffen der Mitglieder, Zions-Gemeinde, Kornstrasse

Solidarität ist unsere Stärke

Initiative Solidaritätsbasar

in diesem Jahr wird in Bremen zum 25. Mal der traditionelle Solidaritätsbasar durchgeführt. Die Eröffnung des Basars findet

am 30. November 1990 um 20.00 Uhr

im Gemeindezentrum der St. Stephanie-Gemeinde statt, wo er am 1. Dezember 1990 von 15.00 bis 18.00 Uhr fortgesetzt wird. irmgard

V.i.S.d.P.: Willy Hundertmark

Mittwoch, den 22. November spricht: Anatolij, Moskau in der Zionsgemeinde, Kornstraße 39, zum Thema:

Die Situation in der Sowjet-Union in Beziehung zur Sicherheit in Europa und zum Frieden in der Welt.

Wer fährt mit

zur Demonstration in Berlin **Der Tod ist ein Meister aus Deutschland** – gegen das Feiern, gegen das Vergessen

am 3. November ?

Bitte schnell im Büro melden. Ob aus Bremen ein Bus fährt ist noch unsicher.

C.I.R.U.E.

Sekretariat Bremen

Postfach 10 61 66

2800 Bremen 1

Tel.: 0421/170698

Geburtstage NOVEMBER

Marta Lehmann	03. Nov. 1903, 87 J.
Alma Müller	17. Nov. 1915, 75 J.
Elisabeth Sittig	19. Nov. 1927, 63 J.
Ella Schneider	21. Nov. 1908, 82 J.
Adolf Böhler	26. Nov. 1913, 77 J.
Marga Neste	28. Nov. 1911, 79 J.

Im Deutschlandfunk gehört...

Ein deutscher Devisenhändler am Montag, den 15. Oktober, in der Frankfurter Börse:

Dollar und Pfund teilen gemeinsam die Stagflation. Eine stagnierende Wirtschaft und eine hartnäckig steigende Inflationsrate nimmt der Geldpolitik den Finanzierungsspielraum.

Da in der BRD durch die Einvernahme der DDR ein Wirtschaftswachstum von ständig steigenden Preisen begleitet wird, fordert das Kapital Steuersenkung und für die DDR... siehe folgende Meldung:

(WK vom 16.10.90)

„Ost Löhne werden steigen"

Bonn (dpa/vwd). Bundeswirtschaftsminister Helmut Haussmann (FDP) erwartet, daß die Löhne und Gehälter in der ehemaligen DDR schnell steigen. Deutschland als Ganzes sei ein hochindustrialisierter Hochlohn-Standort. Haussmann warnte davor, die Beschäftigten in den neuen Ländern „in die Arbeitszeitverkürzung zu zwingen". Die neuen Bundesländer müßten „Vorreiter für flexible Arbeitszeitmodelle" werden. Der Wirtschaftsminister forderte erneut die Steuern auf Unternehmensgewinne auf unter 40 % zu senken sowie auf Gewerbekapital-, und betriebliche Vermögensteuer zu verzichten.

JEDE BIRNE KANN MANN/FRAU MIT EINEM LINKSDREH AUS DER FASSUNG BRINGEN!... wenn mann/frau will.

Peter Schütt

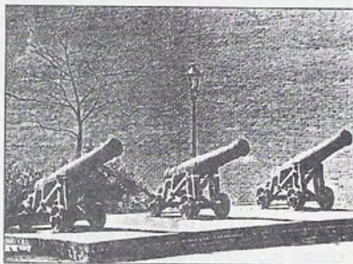
Die Einführung des Dreiklassen-Asylrechts

Die einen kommen erster Klasse
mit Sonderzügen
mit Luxusbussen
mit dem Taxi
Sie sind Deutsche
Unsere Brüder und Schwestern
von drüben
Sie kommen wie gerufen
Finden überall offene Türen
erste Adressen
erstklassige Behandlung

Die anderen kommen zweiter Klasse
mit Zügen aus den Nachkriegsjahren
Sie sind Aussiedler
halbe Deutsche
Vierteldeutsche
Deutsche zweiter Wahl
Deutschstämmige
aus Rußland und Polen
Sie kommen ungerufen
und werden abgefunden
mit zweitklassigen Wohnungen
und Arbeitsplätzen

Die übrigen kommen dritter Klasse
Flüchtlinge
Asylbewerber
Hungerleider aus der Dritten Welt
Sie kommen wider Willen
Werden empfangen wie die letzten
Menschen
Eingewiesen in drittklassige Absteigen
und in Asyllager
an den Zäunen stehen Schilder:
„Dreigeteilt niemals!"

Und der Rest der Menschheit
landfahrende Zigeuner
Kurden, Tamilen
und andere Dunkelmänner
sollen gar nicht erst kommen
Die werden abgelehnt
abgeschoben
bei Nacht und Nebel



Das WAR auch mal die modernste Waffentechnik---
das SIND auch immer noch dieselben Menschen (zt. sogar dieselben Namen) Mächte und Strukturen, die diese Waffen bauen, kaufen und benutzen!
- und, "Schuld haben immer die Anderen" – Die Lügen sind immer noch dieselben

wenn alle Lügen Steine wären
und auf den Lügner zurückfielen
er würde sich selbst zu Tode steinigen
1990